

Ressort: Politik

Koalition erwägt neue Aufgaben für Staatsbank KfW

Berlin, 24.01.2013, 08:40 Uhr

GDN - Die staatliche Förderbank KfW könnte nach Auffassung von Union und FDP bald neue Aufgaben übernehmen, die bisher direkt aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Die KfW könne künftig mehr Projekte in der Entwicklungshilfe, beim Straßen- und Netzausbau sowie in der Energiepolitik finanzieren, die der Bund bisher direkt aus seinem Etat bestreite, erfuh die "Rheinische Post" (Donnerstausgabe) aus Koalitionskreisen.

Bisher hatte die Koalition geplant, das KfW-Gewinnausschüttungsverbot aufzuheben. Aus der Ausschüttung erwartet die Koalition jährliche Mehreinnahmen für den Bund in hoher dreistelliger Millionenhöhe. "Das KfW-Gesetz sollte auf jeden Fall geändert und das Ausschüttungsverbot aufgehoben werden", sagte Unionsfraktionsvize Michael Meister der Zeitung. Da die Gewinnausschüttung jedoch die Förderfähigkeit der KfW gefährden kann, werde in der Koalition alternativ auch diskutiert, der KfW mehr Aufgaben zu übertragen, die bisher vom Bund finanziert werden, sagte Meister.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-6368/koalition-erwaegt-neue-aufgaben-fuer-staatsbank-kfw.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com